

Nochmals "Freidenker in Deutschland" - und anderswo

Autor(en): **Kaech, Jean**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **76 (1993)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-413967>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nochmals «Freidenker in Deutschland» – und anderswo

Offensichtlich ist mein Aufsatz im «Freidenker» vom August 1993 über das deutsche Freidenkertum von seinen Anfängen im 18. Jahrhundert bis in die aktuelle Gegenwart auf unterschiedliches Interesse gestossen. Die beiden in der September-Nummer des «Freidenkers» publizierten Leserbriefe geben ein Bild davon. Da auch die Beantwortung dieser eingebrachten Kritiken bestimmt von allgemeinem Interesse ist, sei mir eine entsprechende Entgegnung erlaubt.

Jürgen Gerdes aus Hannover hat wohl übersehen, dass die konkreten Ausführungen im Kasten (auf Seite 65) nicht aus meiner Feder stammen. Der Deutsche Freidenker-Verband, Sitz in Dortmund, hat uns diese Meldung zugestellt mit der Bitte um Publizierung in unserem Organ. Der DFV ist wie auch unsere FVS Mitglied der Weltunion der Freidenker, Sitz in Paris, weshalb wir keinen Anlass hatten, diesem Ansuchen nicht stattzugeben.

Andererseits kann ich J. Gerdes versichern, die Differenzen der beiden deutschen Verbände seit Jahrzehnten genauestens zu kennen (ja, solange dauern sie schon an!). Anlässlich des Kongresses der Weltunion in Lausanne im Jahre 1981 kamen Vertretungen beider Verbände in der Schweiz zusammen. Die Berliner als Nichtmitglieder der Weltunion wurden von mir persönlich zur Teilnahme eingeladen. Leider blieben damals alle Vermittlungsversuche erfolglos, so dass wir wohl oder übel die Lösung der Probleme den beiden Verbänden überlassen mussten. Meine Bemühungen, den Berliner Verband eventuell gar in die Weltunion zu bringen, scheiterten ebenfalls.

Im übrigen glaube ich, in meinem Artikel keine Kommentierung vorgenommen zu haben; es war eine Auflistung von Fakten, die von keiner Seite bestritten werden.

Der Begriff Streitkultur wurde nicht von mir eingebracht, somit brauche ich ihn auch nicht zu kommentieren. Eine Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen: Die Kultur beginnt dort, wo Gespräch stattfindet – was bis heute leider noch nicht der Fall ist.

Ganz anderer Art ist die Kritik von Martin Lötscher, Reinach BL. Zu allem Anfang möchte ich ganz deutlich festhalten, dass auch ich jedem Freidenker das selbstverständliche Recht zugestehe, seine eigene Weltanschauung zu haben und Mitglied unserer Vereinigung zu sein, immer vorausgesetzt, er akzeptiere unsere Statuten.

Martin Lötscher ist wahrscheinlich noch nicht lange genug Mitglied der FVS, um zu wissen, dass ich einer der vehementesten Verfechter des Rechts der Union Basel auf die Mitgliedschaft in der FVS war. Die 1986/88 ausgetragenen Differenzen werden auch im Schreiben von J. Gerdes erwähnt. Die Basler Gesinnungsfreunde hätten wegen Linkslastigkeit ausgeschlossen werden sollen, was die Mehrheit der FVS-Mitglieder nach langem Zwist jedoch verhinderte. Verschiedene Äusserungen im Brief von M. Lötscher dürften damit widerlegt sein, denn meine Haltung in dieser Sache hat sich seit damals in keiner Weise geändert – wohl aber die Weltgeschichte!

Für jeden organisierten Freidenker sind die Statuten der Weltunion der Freidenker verbindlich, weshalb ich daraus zitiere:

Die Freidenkerbewegung bekennt sich zum Laizismus, zur Demokratie, zum sozialen Fortschritt und zur Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie ist weder von einer Partei noch von einer staatlichen Institution abhängig, sondern beansprucht diesen gegenüber völlige Unabhängigkeit.

Die Freidenkerbewegung fordert für jeden Menschen, ungeachtet seines Geschlechts, seiner Rassen- oder Klassenzugehörigkeit sowie seines weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnisses und ungeachtet seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Partei das Recht auf Leben, auf Gerechtigkeit, Gedanken- und Gewissensfreiheit, sowie Freiheit in der Gestaltung der Lebensführung, ferner das Recht, in voller Freiheit seine frei gewählte Weltanschauung zu haben, zu äussern, darzulegen, zu praktizieren und zu verteidigen, soweit sich

diese nicht für die Menschheit oder für Einzelne als schädlich oder als freiheitswidrig erweist.

Die Weltanschauung der Freidenker anerkennt keine Dogmen religiöser, politischer, gesellschaftlicher oder nationaler Natur. Sie verneint die Überlegenheit oder Vorherrschaft einer menschlichen Gemeinschaft, eines politischen oder gesellschaftlichen Systems, einer Weltanschauung oder eines Individuums über andere. Sie verwirft und bekämpft jeden auf Einzelne, auf Gruppierungen, Gemeinschaften und Nationen ausgeübten Zwang in bezug auf alle Bereiche des Denkens, sie fordert für jedermann das Recht, die Art seiner Lebensführung selber zu wählen, dies im Rahmen der Achtung vor dem Leben und der Würde der menschlichen Person.

Aus diesem Grunde kämpft die Freidenkerbewegung für die Freiheit, die Demokratie, die geistige, kulturelle und moralische Entwicklung der Menschheit, für das Wohl und den Frieden der Individuen und der menschlichen Gemeinschaften...

Meine Meinung ist also nicht «völlig daneben», wenn ich aufgrund dieser klaren Sätze in den Statuten es ablehnen muss, dass sich Freidenker-Organisationen freiwillig einem totalitären Staat unterwerfen, der bereits Millionen Andersdenkende liquidiert hatte und oppositionelle Mitbürger in sibirischen Arbeitslagern aufs brutalste ausbeutete und zu Hunderttausenden zu Tode kommen liess. Ein System, das immerhin während vieler Jahre dem menschenverachtenden Stalinismus huldigte, kann doch von einer Freidenkervereinigung nicht akzeptiert und gar verherrlicht werden – abgesehen davon: das System hätte diese Freidenker umgehend liquidiert.

Sicher waren Marx, Engels und Lenin *auch* Religionskritiker, doch waren sie in erster Linie politische Theoretiker, die heute doch vor allem aufgrund der aus ihren Lehren entstandenen Realitäten zu beurteilen sind – und da lässt man ihre Religionskritik doch besser gleich weg, denn die bereits zu Lebzeiten Lenins einsetzenden Massenverfolgungen zeugen nicht gerade von besserer Einsicht. Ausserdem schrieb ich ja aus der Geschichte des deutschen Freidenkertums und nicht des Marxismus.

Der Leserbriefschreiber findet, der Kommunismus bedeute Gerechtigkeit, Frieden, Solidarität der Arbeiter und Freundschaft zwischen den Völkern. Diesen Glauben, der wohl einen zukünftigen, noch zu schaffenden Kommunismus beinhaltet, will ich ihm nicht nehmen. Der Begriff Imperialismus jedoch ist auf alle Supermächte anzuwenden; auch die Sowjetunion war imperialistisch: Die zum Teil schon von den Zaren annektierten Gebiete im Fernen Osten, Zentralasiens, des Kaukasus und des Baltikums wurden mit Gewalt und gegen den Willen der betroffenen Völker in das Sowjetimperium gezwungen. Wohl sicherte Lenin diesen Völkern das Selbstbestimmungsrecht zu; die sowjetische Verfassung enthielt Paragraphen, die sogar einen Austritt aus der Union vorsahen, sofern dies ein Volk mehrheitlich wünschen sollte. Es waren schöne Worte; die Praxis sah ganz anders aus. Jede Volksbewegung, die ein solches Selbstbestimmungsrecht auch nur erwähnte, wurde blutig unterdrückt, Massendeportationen schafften den Rest. Ins gleiche Kapitel gehört übrigens der sogenannte Panzerkommunismus; man denkt an Berlin, Budapest und vor allem an Prag.

Eine Folge der während Jahrzehnten erzwungenen «Freundschaft zwischen den Völkern» erleben wir heute als grausame Kriege zwischen Völkern der ehemaligen Sowjetunion und noch brutaler in Ex-Jugoslawien. Ist das die erfolgreiche Erziehung zur Völkersolidarität?

Und wirtschaftlich? Was bleibt nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus? Ein paar Münsterchen mögen dies illustrieren. Ukraine, die Kornkammer Europas: Nach 70 Jahren kommunistischer Misswirtschaft ist sie nicht einmal mehr in der Lage, ihre 52 Millionen Einwohner zu ernähren. Oder Rumänien: Es hat seine Revolution noch immer nicht hinter sich. Der Staat, den die Ceausescu-Diktatur

errichtete, ist noch nicht gestürzt, er stürzt immer noch. In Bukarest bestimmen die Trümmer der einst monolithischen kommunistischen Partei die Wirtschaftspolitik. Soll man ihnen nochmals 40 Jahre gewähren?

Mit der Aufzählung der unterschiedlich motivierten Diktaturen ist nicht unbedingt eine Gleichsetzung beabsichtigt. Für das unterdrückte Volk jedoch ist es von nebensächlicher Bedeutung, ob das Terrorregime nun von einem religiösen Fanatiker, einem blutrünstigen General oder einem menschenverachtenden Politiker beherrscht wird. Alle Diktaturen sind undemokratisch, ungerecht, menschenverachtend – für jeden Freidenker unakzeptabel. Ohne Selbstbestimmungsrecht der Völker, *freie* (Aus-)Wahlen und eine die Menschenrechte schützende Verfassung gibt es keine Demokratie.

Dass mitunter auch Diktaturen etwas leisten, das positiv bewertet werden kann, bestreitet niemand. Dies gilt sicher auch für die ehemalige DDR. Sie wurde aber nicht einfach so vom «deutschen Imperialismus» (Modewort aus der Breschnew/Stalin-Ära) «eingesackt». War es nicht eher das Volk, das, des bankrotten Staates überdrüssig, mit den Füßen «abstimmte», was früher mit den sog. «Wahlen» und den 99%igen Ergebnissen nicht möglich war? Dieser «atheistische Staat» hat wohl vieles verstaatlicht, aber nicht die Kirchengüter. Heute ist es der Evangelischen Kirche möglich, einen Teil ihrer über die DDR-Zeit geretteten Vermögenswerte (Ländereien, Liegenschaften) zu versilbern, um sich so im vereinigten Deutschland über Wasser halten zu können. Die DDR aber als «Freidenker-Republik» zu bezeichnen grenzt schon an blanken Hohn, denn Freidenker hätten z. B. nie auf Mitbürger schiessen lassen, die das Arbeiter- und Bauernparadies zu verlassen wünschten.

Wohin Diktatur in Glaubenssachen führen kann, sei am Beispiel Albaniens demonstriert: Nach über 40 Jahren kommunistischer Diktatur muss dieses Land heute bei der UNO um Aufnahme in die Liste der ärmsten Staaten der Dritten Welt nachsuchen, um in den Genuss besonderer Entwicklungsprogramme zu gelangen. Und wie sich der jahrzehntelange Zwang zur Religionslosigkeit auswirkt, zeigt das Überhandnehmen der fragwürdigen, aber offensichtlich erfolgreichen Tätigkeiten der Konfessionen und Sekten aller Art. Nein, mit Freidenkertum hat eine solcher Staat überhaupt nichts zu tun, denn wir Freidenker wollen aufklären, überzeugen und niemals vergewaltigen!

Das Erwähnen der «Verpolitisierung der Freidenkerbewegung» soll nicht heissen, dass wir uns nicht mit Politik befassen sollen, ganz im Gegenteil. Wir müssen und wollen uns mit politischen Anliegen auseinandersetzen – aber wir als Freidenkerorganisationen verhalten uns in Sachen Parteipolitik unabhängig; wir bleiben abseits von Parteiquerelen. Der einzelne Freidenker kann sich selbstverständlich einer Partei anschliessen und dort auch entsprechend aktiv sein. Wenn aber ein Freidenker-Verband – wie dies in den 20er Jahren in Deutschland geschah – die «Sowjetunion als Rückgrat der kommenden Weltrevolution» verherrlicht, hat das mit Freidenkertum nichts mehr zu tun. Schon damals nannte man dies Spaltertätigkeit, denn sozialdemokratische und auch bürgerlich gesinnte Freidenker wurden zum Alleingang gezwungen. Das waren Auseinandersetzungen parteipolitischer Natur, die in kein Programm der Freidenker passen können, denn sie laufen dem Inhalt der Statuten der Weltunion der Freidenker diametral zuwider.

Am Kongress der französischen Freidenker, am 29. August 1993 in Albi, hielt ich als Vertreter der Weltunion vor vollzählig versammelten Delegierten aus allen Teilen Frankreichs und zahlreichen Gästen, Vertretern sämtlicher Linksparteien und Gewerkschaften ein Kurzreferat, worin ich ausführte, dass für das Freidenkertum in Mittel- und Osteuropa seit dem Prager Kongress von 1936 bis zum Kollaps des realen Sozialismus totale Nacht herrschte, die keinerlei Aktivitäten des organisierten Freidenkertums zulies. Diese Feststellung wurde mit grossem Applaus entgegengenommen; es erfolgte keinerlei Einspruch oder gar Protest. Ich muss wohl annehmen, dass französische Marxisten offenbar eher bereit und willens sind, aus der Vergangenheit zu lernen als etwa Schweizer Leserbriefschreiber. Es bleibt diesem selbstver-

ständig freigestellt, weiterhin aufgrund des Studiums der einschlägigen Literatur an einem besseren, menschlicheren Sozialismus zu arbeiten.

Um eventuellen Vorwürfen vorzubeugen, möchte ich zum Schluss darauf hinweisen, dass ich den Einmarsch in Afghanistan ebenso verurteile wie jenen in Vietnam und anderswo. Ich möchte auf keinen Fall als blind auf dem einen Auge erscheinen. Übrigens, einen Freidenker-Olymp gibt es nicht, kämpfen wir alle gemeinsam für **Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.**

Jean Kaech

FREIDENKER-UMSCHAU

Kanton Zürich

Im Zürcher Kantonsrat ist kürzlich eine alte Platte neu aufgelegt worden, dies in der Gestalt einer Parlamentarischen Initiative betreffend die staatliche Anerkennung weiterer religiöser Gemeinschaften (neben der römisch-katholischen, der evangelisch-reformierten und der christkatholischen Kirche, die dieses Privileg und die damit verbundenen Vorteile schon lange genossen). Diese Platte ist schon arg zerkratzt, ist doch eine Initiative gleichen Inhalts 1980 vom Zürichervolk zur Überraschung aller Beteiligten verworfen worden. Dessen ungeachtet, ist dieses Traktandum offenbar noch nicht vom Tisch, obwohl es eine Zementierung der überholten Verquickung staatlicher und kirchlicher Belange beinhaltet.

Bistum Chur

Es erstaunt nicht, dass im Dachstock des Bistums Chur wieder einmal Feuer ausgebrochen ist. Der Unmut von Klerikern und Gläubigen entzündete sich an der Neubesetzung von Lehrstühlen an der dortigen Theologischen Hochschule durch Bischof Wolfgang Haas, wobei dem Opus-Dei-Mann Peter Rutz (zusammen mit einem geistlichen Kollegen) das Philosophie-Pensum übertragen wurde. Zu allem Überfluss wurde der Lehrkörper von Haas aufgefordert, mit seinem (als Koordinator fungierenden) Vertrauensmann Rutz «vertrauensvoll zusammenzuarbeiten»; andernfalls bleibe ihnen keine andere Wahl als auszuziehen. Bischof Haas scheint definitiv gewillt zu sein, seinen Befehlsbereich samt der ihm unterstellten Theologischen Hochschule zu einer Hochburg eines erzkonservativen, versteinerten Katholizismus aufzubauen.

Deutschland

Die Exponenten der römisch-katholischen Kirche in Deutschland sind bestürzt angesichts der Ergebnisse einer breit angelegten Untersuchung über die Einstellung ihrer Kirchenmitglieder. Demnach waren für das Jahr 1992 190 000 Austritte zu verzeichnen, in der Tat eine stattliche Anzahl. 23% aller befragten Mitglieder hätten schon einen Kirchenaustritt ernstlich erwogen. Doch für das Bischofskollegium am schlimmsten ist die Feststellung, dass 86% der Befragten die Moralvorstellungen und Lebensregeln der Amtskirche als überholt betrachten. Dieser für die Romkirche katastrophalen Situation versuchen Deutschlands Bischöfe einen Riegel zu schieben, und zwar mit einer Werbekampagne im Umfang von (vorerst) 3 Millionen Mark.

Spanien

Im August dieses Jahres ist in Madrid ein Kongress verheirateter katholischer Priester abgehalten worden, an dem 300 Priester aus 25 Ländern über ihre Lage diskutierten. Nach Angaben der Organisatoren gebe es weltweit etwa 100 000 verheiratete katholische Priester.

Türkei

In der Osttürkei sind drei Personen, ein Ehepaar und ein Freund aus Lugano von kurdischen Freischärlern als Geiseln verschleppt worden. Diese Touristen, alle drei Angehörige der «Zeugen